



# Das Wahlprogramm

der





A 86-1385

Auf dem sozialdemokratischen Wahlkongreß am 10. 5. 1953 in Frankfurt a. M. begründete Willi Eichler, MdB, das Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die noch in diesem Jahr stattfindende Bundestagswahl.

Wir bringen nachstehend den Wortlaut dieser Rede.

*Verehrte Anwesende,*

*Genossinnen und Genossen!*

Wenn wir heute über das Wahlprogramm unserer Partei sprechen wollen, so ist es nötig, zunächst auf die Beschlüsse des Dortmunder Parteitages zurückzukommen. Wir haben dort unser Aktionsprogramm angenommen, das die nächsten Ziele unserer Partei und insbesondere die Arbeiten einer zukünftigen sozialdemokratischen Bundesregierung bestimmt. Wir waren uns in Dortmund einig, daß das Aktionsprogramm teils zu ausführlich und andererseits nicht ausführlich genug war. Das ist weniger widersprüchlich, als es aussieht. Um dem Wähler gleichsam in die Augen springend in kurzen Worten zu sagen, was wir wollen, dazu ist das Aktionsprogramm zu ausführlich. Und deshalb schien es uns nötig, in etwa einem Dutzend kurz gefaßter Thesen dem Wähler zu sagen, was wir als nächste Ziele sozialdemokratischer Politik erreichen wollen. Das Aktionsprogramm soll Aufschluß darüber geben, welche besonderen Vorstellungen uns dabei geleitet haben, als wir diese Forderungen aufstellten. Das Aktionsprogramm selber aber brauchte, um es für jeden leicht verständlich zu machen, einen Kommentar. Er soll die Forderungen ausführlich begründen und erläutern und sie durch eine Klärung der Begriffe vertiefen.

Der Kommentar liegt heute vor. Er ist trotz der Beschränkung auf das Notwendigste sehr ausführlich geworden. Um ihn übersichtlicher zu machen, legen wir ihn in Form eines Lexikons vor. Sein veränderter Charakter hat uns bewogen, ihn als Handbuch sozialdemokratischer Politik herauszugeben, das unseren Funktionären, aber auch allen sonst an sozialdemokratischer Politik interessierten Menschen die Möglichkeit geben soll, sich eine wirklich fundierte Meinung über die Gesamtpolitik unserer Partei zu bilden.

Ich komme damit zum dritten Teil unserer Arbeiten am Wahlprogramm, die, losgelöst von den Darstellungen im Aktionsprogramm oder des Kommentars, Sinn und Ziel unserer Politik umreißen.

Unser dringlichstes Anliegen ist die Erhaltung des Friedens. Deutschland, Europa und die ganze Welt sind zerrissen in Zonen und Machtsphären. Der zweite Weltkrieg hat nicht einmal den Faschismus überall beseitigt, und es wäre eine schreckliche Vereinfachung, heute zu behaupten, daß der Gegensatz zwischen Kommunismus und demokratischer Welt der einzige erhebliche Streit ist, der verhindert, daß wir endlich den langersehten Frieden erhalten. Immer wieder müssen wir daran erinnern, daß es zu einer demokratischen Gesinnung und Haltung nicht genügt, nur Antikommunist zu sein. Die Bolschewisierung Chinas hat gezeigt, daß der Westen im Kalten Krieg um den Fernen Osten nicht versteht oder nicht willens ist, die richtigen Waffen einzusetzen: Nicht Flugblätter und Broschüren, die den Wert einer demokratischen Gesellschaftsordnung in abstrakten Formeln anpreisen, hat China gebraucht. Eine Agrarrevolution war nötig, um den verhungern den Massen zu zeigen, daß der Westen mit seinen Bekenntnissen zu Freiheit und Gleichheit und zum Schutze der Menschenwürde Ernst macht - auch wenn das den chinesischen Großgrundbesitzern nicht gepaßt hätte.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat der Amerikaner, Adlai Stevenson, hatte sehr recht, als er kürzlich erklärte: „Man

kann zwar auf Kommunisten schießen, aber man kann nicht auf Armut, Unwissenheit und den Kommunismus schießen.“

Seit Ausbruch des heißen Krieges in Korea geht wieder das Gespenst eines neuen Weltkrieges um. Die Antwort des Westens darauf ist die Politik der sogenannten starken Hand. Wir sind nicht gegen starke Hände, denn die Sowjets sind keine Pazifisten, und ihre Expansionspläne sind real und gefährlich. Aber die starken Hände, wie sie sich im überlegenen Kriegspotential des Westens zeigen, gewinnen ihren Sinn erst bei einer Ergänzung durch kühle Köpfe und eine verständigungsbereite Gesinnung. Und wir haben begründete Zweifel, daß sie in genügender Anzahl gerade an den Stellen vorhanden sind, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre scheinen uns zu zeigen, daß man zu einseitig Wert darauf legt, zu rüsten, um wieder die Kanone als ultima ratio bereit zu haben. Aber die Steigerung der Furcht und des Mißtrauens zwischen den Völkern, das durch kaum eines der internationalen politischen Abkommen abgeschwächt werden konnte, kann leicht dahin führen, daß die Waffen in absehbarer Zeit nur noch als einziger Beweisgrund angesehen werden.

Das eigensinnige Festhalten an dem europäischen Vertragssystem weist darauf hin, daß man nicht beweglich genug ist, einen anderen Weg zu versuchen, nämlich den der ernsten, wenn auch komplizierten Verhandlungen und der weitestreichenden Verständigung über ein friedliches Zusammenleben aller Völker und einer Lösung der Probleme nicht gegeneinander, sondern miteinander. Unsere erste Wahlforderung lautet deshalb:

**„Friede und Sicherheit durch Verständigung -  
nicht Kriegsgefahr durch Wettrüsten!“**

Im Rahmen der internationalen Weltpolitik nehmen die Probleme Europas eine Sonderstellung ein. Auch hier gilt: Nicht

jeder ist ein Europäer, der sich für internationale Abmachungen innerhalb Europas einsetzt. Wenn die westliche Welt sich zu demokratischen Prinzipien bekennt, dann müssen diese Prinzipien auch gelten für die zwischenstaatlichen Beziehungen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich aufrichtig und entschlossen zu einem auf demokratischer Basis organisierten Europa. Sie besteht keineswegs auf der Erhaltung oder Wiederherstellung der nationalen Souveränität. Aber Souveränitätsrechte aufzugeben oder abzubauen, muß ein Akt der Gegenseitigkeit sein. Nur dies entspricht der Forderung der Freiheit der Völker und ihrer gleichen Bewertung im internationalen Konzert der Mächte. Generalvertrag und europäische Verteidigungsgemeinschaft sind zum großen Teil geboren aus dem Wunsch, deutsche Hilfe für die Verteidigung der westlichen Welt zu mobilisieren, und gleichzeitig aus dem Mißtrauen, daß Deutschland seine neu gewonnene Stärke mißbrauchen könnte zu Angriffen auf seine Nachbarn. Und hier muß man sich entscheiden: Entweder will man Deutschland als freien Partner im Kampf zum Schutze der Freiheit, dann darf man nicht tausenderlei Vorbehalte gegen seine Aufrichtigkeit anbringen. Oder man wagt nicht, Deutschland als ein freies Land zu behandeln, und dann darf man sich nicht wundern, wenn es auf dieses Mißtrauen ablehnend reagiert. Ein weiterer Grund, das Vertragswerk abzulehnen, liegt in seiner Beschränkung auf sechs europäische Länder. Deren Zusammenschluß ist nicht der erste Schritt zur Koordinierung Europas, sondern der Beginn seiner fortschreitenden Balkanisierung. Skandinavien und England werden durch den Aufbau supranationaler Behörden praktisch von einer aktiveren Teilnahme an gemeinsamen europäischen Einrichtungen ausgeschlossen. Die für viele nicht unerwünschte Wirkung ist ein Zusammenschluß gerade der sechs Länder Europas, die eine vorwiegend konservative und kapitalistische Sozialstruktur zeigen. Unsere zweite Forderung heißt deshalb:

**„Geeintes Europa der Freien und Gleichen -**

**nicht Teileuropa ohne echte Partnerschaft!“**

Am Beginn einer Politik der Verständigung und der friedlichen Lösung der Einheit Europas steht für uns die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Wir sind überzeugt, daß bei einer Fortführung der bisherigen Europapolitik die Einheit Deutschlands für absehbare Zeit unmöglich gemacht wird. Das würde bedeuten, daß die internationalen Gegensätze sich mehr und mehr versteifen, denn die Tür zu Verhandlungen wäre damit zugeschlagen. Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands dagegen würden unvermeidlich auch weitere europäische Probleme auf die Tagesordnung bringen und diese Verhandlungen selber vertiefen. Schon die Möglichkeit der Befreiung von 20 Millionen Menschen aus den Händen der kommunistischen Diktatur sollte für jeden deutschen Politiker Grund genug sein, die Wiedervereinigung Deutschlands mit Berlin als seiner Hauptstadt an die erste Stelle der internationalen Bemühungen zu setzen. Aber es ist unverkennbar, daß unsere Bundesregierung diesen Standpunkt längst aufgegeben hat, wenn sie ihn je teilte. Sie setzt sich damit dem begründeten Verdacht aus, daß sie der Einheit Deutschlands eigentlich widerstrebt, weil sich dadurch unter anderem auch das soziale und politische Machtgefüge erheblich zu ihren Ungunsten verschieben würde. Das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands nach der Integration der Bundesrepublik in den Westen ist praktisch eine Verzichtserklärung auf die Einheit Deutschlands.

Wie sehr die Bundesregierung gewillt ist, den Verzicht auf die Einheit Deutschlands als Preis für die Integration in den Westen zu bezahlen, zeigt ihre Politik in bezug auf das Saargebiet. Außer formalen Rechtsverwahrungen hat sie nichts unternommen, um Frankreich von seiner sturen Separationspolitik abzubringen. Sie hat nicht einmal ihre Proteste im Ministerrat des Europarates auf die Tagesordnung gebracht. Durch diese Politik muß der Glaube an die demokratische Grundüberzeugung des Westens beim Aufbau Europas erschüttert werden. Außerdem schwächt man damit die moralische Berechtigung ab, den Osten für die Teilung Deutschlands verantwortlich zu machen. Wer der Abtrennung der Saar zustimmt,

kann nicht gut anders handeln, als wenn es sich um die Abtrennung östlicher Gebiete handelt. Und deshalb unsere dritte Forderung:

**„Einheit in Freiheit für Deutschland -**

**kein Verzicht auf die Ostgebiete und die Saar!“**

Aber auch im Innern der Bundesrepublik hat die Demokratie keineswegs die Heimstätte, die ihr das Grundgesetz feierlich verbürgt. Wir haben durch die Vorlage des Wahlgesetzes der Bundesregierung erlebt, in welcher schamloser Weise hier eine mit einer knappen Mehrheit an die Macht gekommene Koalition versucht, sich mit traurigen Tricks an der Macht zu halten. Wir haben die Entwicklung des BdJ und seiner Partisanenbewegung erlebt; die Verneigung des Bundesverkehrsministers vor „allen Symbolen, unter denen Deutsche gefallen“ sind; und schließlich ist der Bundesjustizminister den Aktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Berufung auf den Strafrechtsparagrafen über versuchte Nötigung, also Hinweisen auf das Zuchthaus, entgegengetreten. Der mangelnde Respekt vor den demokratischen Einrichtungen unserer Bundesrepublik zeigt sich besonders kraß bei der Behandlung des Bundesverfassungsgerichts durch die Regierung. Der Versuch der Bundesregierung, sich über verfassungsrechtliche Bedenken dadurch hinwegzusetzen, daß man erklärte, die Politik sei in diesem Fall das Entscheidende, dieser Versuch zeigt, daß die demokratischen Einrichtungen von dieser Regierung offenbar nur solange respektiert werden, wie sie ihr passen. Demokratie ist also, was der Koalition nützt - sachlich ähnlich hat sich schon früher mal ein Verächter der Demokratie ausgesprochen. Wenn schon die Regierung so wenig am demokratischen Aufbau Deutschlands interessiert ist, wie sollen es dann die sogenannten Wirtschaftskreise sein? Zur politischen Demokratie muß die Demokratisierung der Wirtschaft hinzukommen, worunter wir das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft in der Wirt-

schaft verstehen. Die deutsche Arbeiterschaft hat nach dem zweiten Weltkrieg in bewunderungswürdiger Anstrengung unter elendesten Bedingungen die Wirtschaft wieder aufbauen helfen, so daß sie bereits wieder viele Milliarden hat investieren können. Es ist nur recht und billig und demokratisch, daß die Arbeitnehmerschaft in diesem Wirtschaftsprozess den ihr zukommenden Anteil an Entscheidungsmöglichkeit erhält. Die Zeit des Herr-im-Hause-Standpunktes in der deutschen Wirtschaft muß endlich vorüber sein, um so mehr, als dieser Herr das Haus keineswegs zum Besten des Volksganzen geführt hat. Unsere vierte These verlangt also:

**„Geltung des Volkswillens in Staat und Wirtschaft -**

**keine Auslieferung der Demokratie an ihre Feinde!“**

Unsere nächste Sorge gilt der sozialen Sicherung. Hier haben wir einen sozialen Gesamtplan unterbreitet, der sowohl im Aktionsprogramm als auch in einer Sonderarbeit des Sozialpolitischen Ausschusses der Partei ausführlich dargestellt worden ist. Sozialpolitik soll nicht nur die ärgsten Schäden des herrschenden Systems gleichsam hinterher lindern; es bedarf einer grundlegenden Änderung dieses Systems selber. Millionen von Rentnern, Arbeitslosen und Unterstützungsempfängern wollen und sollen fühlen, daß sie nicht länger die Ausgestoßenen der sogenannten sozialen Marktwirtschaft sind. Der Sozialplan kämpft für eine Vereinheitlichung der Sozialpolitik bei weit untergliederter Selbstverwaltung. Seine wesentlichen Gebiete sind die Berufssicherung, die Gesundheitssicherung und die wirtschaftliche Sicherung. Unsere Sozialpolitik verhilft dem Menschen zu voller Leistungsfähigkeit und stärkt damit seinen Willen zur Leistung, so daß ein größeres Sozialprodukt entstehen kann. Daraus ergibt sich selbstverständlich die Verpflichtung, ihnen einen größeren Anteil am Sozialprodukt zu geben.

Dieser Plan gilt nicht nur für Arbeiter, Angestellte und Beamte, er gilt ebenso für die Hausfrauen, deren uneigennützig

und harte Arbeit für die Gemeinschaft bisher niemals genügend gewürdigt worden ist. Wir denken aber in unserer Sozialpolitik auch an alle Selbständigen, an Handwerker, Gewerbetreibende, Bauern und freiberuflich Tätige, nicht zuletzt an die Jugend. Sie muß besonders gesund und lebensstüchtig sein.

Fast zwei Drittel des Sozialaufwandes des Bundes werden heute für Kriegsfolgen ausgegeben, für die Linderung des Leidens der Kriegsbeschädigten, der Opfer des Naziterrors, der Witwen und Waisen. Ihnen allen wird im Rahmen unseres Sozialplanes mehr als bisher geholfen werden. Er sorgt dafür, daß die Sozialleistungen nicht als eine Gnade oder als ein Almosen aufgefaßt werden können, sondern als ein Rechtsanspruch, den jeder sich erwirbt, der seine Arbeitskraft und seine Fähigkeiten in der Dienst der Gemeinschaft stellt.

Der Sozialplan ist durchsichtig und einfach. Wir haben in ihm nichts versprochen, was wir nicht glauben verwirklichen zu können. Freilich, er wird nur im Zusammenwirken mit einer Finanz- und Wirtschaftspolitik durchgesetzt werden können, die dem gleichen Ziel dienen, den Menschen aus der sklavischen Abhängigkeit in unserem heutigen Wirtschafts- und Sozialsystem zu befreien. Mit Recht hat vor kurzem eine bürgerliche Zeitung geschrieben, daß dieser Sozialplan vielleicht die bedeutendste innenpolitische Forderung dieses Wahlkampfes werden kann. Wie wenig den bürgerlichen Parteien daran gelegen ist, auf diesem Gebiet grundlegenden Wandel zu schaffen, geht daraus hervor, daß der sozialdemokratische Antrag auf Einsetzung einer überparteilichen Studienkommission zur Erforschung sozialpolitischer Grundlagen vom Bundestag abgelehnt worden ist. Unsere fünfte These lautet deshalb:

**„Soziale Sicherheit für alle -**

**keine Almosen für Alte und Kranke!“**

Die ersten Voraussetzungen eines geordneten Staatslebens sind Wohnung und Arbeit; ausreichender Wohnraum

und gerecht entlohnte Arbeit. Mit Stempelschlangen und Elendsquartieren läßt sich keine demokratische Ordnung errichten, läßt sich kein Staatsbürger für die Demokratie begeistern.

Sozialdemokratischer Initiative entsprang das großzügige Bundeswohnungsbauprogramm und der Gedanke des „sozialen Wohnungsbaues“. Es war unser verstorbener Genosse Erich Klabunde, der sich um das Wohnungsbaugesetz besonders große Verdienste erworben hat. Nach diesem Gesetz sind bis heute 1,4 Millionen Wohnungen gebaut worden. Aber es fehlen noch immer etwa 5 Millionen Wohnungen. Wir hätten mehr Wohnungen bauen können, wären mehr Mittel bereitgestellt, und die bereitgestellten Mittel zweckmäßiger verwandt worden. Die Bundesregierung hat es unterlassen, weil es ihrer Auffassung von sozialer Marktwirtschaft widersprach, durch eine Lenkung der Baukapitalien, planmäßige Beschaffung und Verteilung der Baustoffe und Kontrolle der Preise am Baustoffmarkt mehr und billigere Wohnungen zu errichten. Noch leben Hunderttausende in Lagern und Bunkern, noch immer fehlen Wohnungen an den Brennpunkten des Arbeitskraftbedarfs; und bis jetzt ist noch kein Baulandbeschaffungsgesetz in Kraft getreten, das die Profitsüchtigen zur Abgabe von Bauplätzen zu angemessenen Preisen nötigt.

Das Recht auf Arbeit setzt eine Politik der Vollbeschäftigung voraus. Die Sozialdemokratische Partei hat seit Jahren eine solche Politik gefordert. Die Bundesrepublik ist dem internationalen Vollbeschäftigungsabkommen beigetreten. Der Bundestag hat die Regierung beauftragt, ein Vollbeschäftigungsgesetz vorzulegen. Die Regierung hat nichts unternommen, und der Bundesarbeitsminister hat neulich sogar unter Verfälschung des Begriffs „Vollbeschäftigung“ behauptet, die Bundesrepublik habe den Zustand der Vollbeschäftigung bereits erreicht.

Volle Beschäftigung ist aber keine Vollbeschäftigung; denn sie schließt nicht aus, daß in Krisenzeiten wieder Millionen Menschen arbeitslos werden. Vollbeschäftigungspolitik verlangt eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiet der Kapital-, In-

vestitions-, Produktions- und Absatzlenkung, die garantieren sollen, daß die Arbeitslosigkeit die Grenze von 3 bis 4 Prozent aller Beschäftigten nie übersteigt.

In der Bundesrepublik ist die Arbeitslosigkeit während der Regierungszeit der Koalition nie unter eine Million gesunken. Das sind die registrierten Arbeitslosen. Daneben gibt es eine sehr erhebliche Kurzarbeitslosigkeit. Seit Jahren gibt es über 500 000 arbeitslose Jugendliche, von denen ein großer Teil ebenfalls nicht registriert ist. Noch heute beträgt die Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen zum Teil über 50 Prozent der Erwerbsfähigen. Alle Maßnahmen der Bundesregierung gegen diese Arbeitslosigkeit haben das Problem nicht beseitigen können. Unsere sechste Forderung verlangt deshalb:

**„Arbeit und Wohnung für jeden -  
nicht Stempelschlangen und Elendsquartiere!“**

Wir haben in Deutschland nicht nur sehr hohe Steuern, sondern auch einen Steuerwirrwarr und eine Steuerverwaltung, deren Kosten unerträglich hoch sind. Wir haben immer eine Bundesfinanzverwaltung gefordert, die nicht nur eine gleichmäßige und gerechte Steuererhebung in allen Ländern sichern, sondern auch größere Erfolgsaussichten im Kampf gegen Steuerhinterziehung haben würde. Die Verwaltungsparsimonie und der zu erwartende größere Eingang an Steuern wird von Fachleuten auf mindestens eine Milliarde DM geschätzt. Ein Antrag auf Einrichtung einer Bundesfinanzverwaltung wurde im Bundestag abgelehnt.

Lohn- und Einkommensteuern müssen vereinfacht werden. Die Freibeträge sollen auf 1500 DM für jeden Steuerpflichtigen erhöht werden. Die Bundesregierung hat nach wie vor daran festgehalten, daß schon bei einem Monatseinkommen von 70 DM Steuern bezahlt werden sollen. Die jüngste kleine Steuerreform brachte 7 000 selbständigen Einkommensbezieher mit einem Jahreseinkommen von über 100 000 DM eine Steuer-

ermäßigung von 20 000 DM. Die Bezieher von 200 DM Monatseinkommen wurden mit einer jährlichen Steuerermäßigung von 13 DM bedacht.

Allgemein sollten die indirekten Verbrauchssteuern gesenkt werden, da sie die Rentner und die Bezieher kleiner Einkommen mit dem gleichen Betrag belasten, wie den Millionär. Die Umsatzsteuer soll deshalb so differenziert werden, daß Güter des lebensnotwendigen Bedarfs möglichst steuerfrei bleiben, und daß Güter des gehobenen Bedarfs entsprechend höher besteuert werden. Auch die sozialdemokratischen Vorschläge auf eine Senkung der Kaffee- und Teesteuer gehen in die gleiche Richtung. Auf diese Weise wird unsere Steuerpolitik dazu beitragen, das Sozialprodukt gerechter zu verteilen. Unsere nächste These heißt deshalb:

**„Senkung der Steuern für wirtschaftlich Schwache -  
kein Steuerwirrwarr zum Nutzen der Reichen!“**

In unserer Wirtschaftspolitik ist die Frage nach dem Ordnungsprinzip der Wirtschaft mit der Verbindung von Planung und Wettbewerb beantwortet worden. Der scheinbare Widerspruch in dieser Verbindung besteht nur, wenn man sich doktrinär unter Planung nur eine verhältnismäßig vollständige Zwangswirtschaft vorstellen kann, die natürlich einen freien Wettbewerb ausschließt, und wenn man bei dem Wort Wettbewerb an eine Wirtschaft denkt, in der jeder überall schalten und walten kann wie er will, wie wir es z. B. in der rücksichtslosen Hortungs- und Preiswucher-Politik in der Zeit der Währungsreform erlebt haben.

Die sozialdemokratische Vorstellung, die als Ergebnis langjähriger Diskussionen im Aktionsprogramm niedergelegt worden ist, besagt, daß wir die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit erstreben, die Zwangswirtschaft ablehnen, und einen echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern werden. Die Beziehung zwischen Wett-

bewerb und Planung wurde auf unserer Wirtschaftspolitischen Tagung in Bochum so fixiert: **Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig.** Das heißt, überall da, wo der Wettbewerb als Wirtschaftsform möglich ist, ist er das wirksamste und für den Steuerzahler billigste Mittel, die Betriebe zu Höchstleistung anzuregen. Hier dient der Leistungswettbewerb einer Werbung unternehmerischer Kräfte und damit der Steigerung der Produktivität. Die durch echten Wettbewerb in Gang gehaltene Preisbildung ist das Lenkungsmittel, um die wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmungen mit den Wünschen der Verbraucher in Einklang zu bringen. Für den Wettbewerb bedarf es noch staatlicher Förderungsmittel. Dazu gehört die Sicherung der Gewerbefreiheit, wo sie möglich ist, eine Politik der Abschaffung oder öffentlichen Kontrolle der Kartelle und Monopole, eine Umgestaltung des Gesellschaftsrechts durch Erweiterung der Bilanzierungs- und Publizitätsvorschriften und schließlich eine Aufklärung und Beratung der Konsumenten zur Durchleuchtung der Marktverhältnisse.

**Planende Eingriffe** von außen in die Wirtschaft sind nötig z. B. in der Grundstoffindustrie und in der Energiewirtschaft, weil dort eine Konkurrenz schon aus strukturellen Gründen nicht möglich ist. Auch auf dem Gebiet der Verkehrspolitik ist eine Koordinierung unvermeidlich. Auch die meisten Engpaßprobleme lösen sich nicht von selbst. Im Rahmen des Nationalbudgets muß deshalb ein Investitionsprogramm aufgestellt werden, das zentral und umfassend sein muß. Das heißt, es darf nicht ausarten in eine Vielzahl von Fonds, die zusammenhanglos für die verschiedensten Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Die Planung soll also die durch die planlose soziale Marktwirtschaft verursachten Schäden beseitigen. Sie soll die durch die Kartelle ausgeübte Diktatur, die den freien Wettbewerb weitgehend ausschaltet oder unmöglich macht, aufheben. Deshalb lautet unsere achte These:

**„Ordnung der Wirtschaft durch Verbindung von Planung und Wettbewerb - nicht Freibauterum und Kartellidiktatur.“**

In unserem Aktionsprogramm heißt es: Die Sozialdemokratie anerkennt das Privateigentum, wo es als Arbeitseigentum der Stärkung der Unabhängigkeit und damit der wirtschaftlichen Freiheit und der Persönlichkeit dient. Zu diesem Privateigentum gehören das Eigentum des Handwerkers, des Gewerbetreibenden und des kleineren und mittleren Fabrikanten; das Eigentum des Bauern und all der Erwerbstätigen, die privates Eigentum haben; darunter fallen auch alle Unternehmer, die ihre Persönlichkeit, ihre Arbeit und ihr Kapital im eigenen Betriebe einsetzen und damit das Risiko eines Verlustes tragen. Sie alle finden Schutz und Förderung der Sozialdemokratie.

Beseitigt werden soll das „Privateigentum“ dort, wo es zum gesellschaftlichen Herrschaftsinstrument geworden ist und zur Unterdrückung der Freiheit und der Selbstbestimmung führt. Das Aktionsprogramm fordert daher die Beseitigung des Privateigentums in der Grundstoffindustrie, insbesondere in der Kohle-, Eisen-, Stahl- und Energiewirtschaft.

Die Kommandogewalt in den großen Unternehmungen liegt nicht bei den eigentlichen Eigentümern, den Aktionären, sondern bei einer verhältnismäßig kleinen Schicht von Unternehmern. Als Leiter ihrer Unternehmungen, als maßgebende Männer der Wirtschaftsvereinigungen, Industrie- und Handelskammern und sonstigen Fachorganisationen und als Sachverständige in wirtschaftlichen Fragen übt diese Managementschicht einen Einfluß auf Regierung und Verwaltung aus, der ständig größer wird und in vielen Fällen das gesetzgebende Organ überspielt. Als Leiter großer finanzkräftiger Unternehmungen verfügt diese Schicht außerdem über die erforderlichen Finanzmittel, um die Organe der öffentlichen Meinungsbildung, insbesondere die Presse, in einem Ausmaße zu beeinflussen, das bei Parteien und sonstigen demokratischen Organisationen undenkbar ist. Die Sozialisierung wird dieser kleinen Schicht von Managern die Grundlagen ihrer gesellschaftlichen und politischen Machtstellung nehmen, die mit den Grundsätzen wahrer Demokratie nicht vereinbar ist.

Die große Masse der „Eigentümer“ der großen Unternehmungen der Grundstoffindustrie, die Aktionäre, haben in Wirklichkeit kaum noch Eigentümerrechte. Nur einige wenige Großaktionäre haben noch Einfluß, der wiederum wesentlich größer ist, als ihrem Aktienbesitz entspricht. Die Sozialisierung nimmt daher der Masse der Aktionäre keine Rechte, die sie nicht schon längst verloren haben. Die Aktionäre sollen bei der Sozialisierung angemessen entschädigt werden.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat bewiesen, daß Gemeinwirtschaft durch Verstaatlichung nicht zu erreichen ist. Das Gemeineigentum wird zweckmäßig von Selbstverwaltungsorganisationen übernommen, bei denen eine demokratische Kontrolle durch Entsendung weiter Kreise der Wirtschaft einschließlich der Gewerkschaften und von Vertretern der öffentlichen Hand in die Aufsichtsorgane gesichert wird.

Die Unternehmungen der Grundstoffindustrien werden sozialisiert, weil sie im Hinblick auf ihre Größenordnung und ihre Bedeutung für den gesamten Wirtschaftsablauf entscheidende Funktionen haben. Die Erfahrungen der Sozialisierung, insbesondere in England, zeigen, daß die Veränderung der Eigentumsverhältnisse allein nicht ausreicht, die soziale Stellung der Arbeitnehmer zu heben und die Beziehungen zwischen Belegschaften und Unternehmungen zu bessern. Darum muß auch für die sozialisierten Unternehmungen das Mitbestimmungsrecht gelten.

So ist die Sozialisierung heute die zweckmäßigste Form für die Führung der Grundstoffindustrien. Sie können dadurch im höchstmöglichen Maße zur Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtleistung und damit zur Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards des gesamten Volkes beitragen. Deshalb unsere neunte These:

**„Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum -  
nicht Herrschaft der Manager und Großaktionäre.“**

Die Eingliederung der Heimatvertriebenen ist ein besonders dringliches Problem. Sie ist nicht planmäßig genug erfolgt. Finnland hat zur Lösung seines Flüchtlingsproblems eine Bodenreform durchgeführt - in Deutschland blieb sie in den Anfängen stecken. Engherzige Besitzinteressen bestimmten lebenswichtige Entscheidungen. Zahlen über die heutige soziale Lage der Vertriebenen zeigen den ungeheuren sozialen Absturz. Dazu kommt, daß der Anteil der Heimatvertriebenen an der Arbeitslosigkeit mit 32 Prozent den Anteil der übrigen Bevölkerung weit übersteigt.

Die rechtliche Gleichstellung der Vertriebenen muß ergänzt werden durch ihre tatsächliche Gleichberechtigung. Die Existenz, das Dach über dem Kopf, die notwendigste Bekleidung, dringendster Hausrat, wirtschaftliche Einordnung, Vereinigung der Familien - all diese Aufgaben sind längst nicht gelöst. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat bei den Vertriebenen besonders groß ist. Der Anspruch auf die Heimat bedeutet die Anerkennung elementarer Menschenrechte. Die Verwirklichung der Rückkehr in die Heimat wird allerdings von Kräften und Mächten bestimmt, die heute noch außerhalb unserer Entscheidung liegen.

Für unsere praktische Politik ergibt sich:

Heimatvertriebenen, die während des Krieges geflohen sind oder nach Kriegsende vertrieben wurden; Kriegsgeschädigten, die ihr Heim durch Bomben verloren haben; Evakuierten, die vor den Kriegswirren oder dem Bombenkrieg flüchten mußten; Sowjetzonenflüchtlinge, die von einem unbarmherzigen totalitären System verfolgt wurden, allen steht das Recht auf eine friedliche Heimkehr zu, gleichgültig, wo ihre Heimat war. Sie haben ferner Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft zum Ausgleich ihrer materiellen Schäden. Soweit sie eine neue Heimat suchen oder gefunden haben, haben sie die gleichen Rechte wie die Alteingesessenen. Es darf keine Neu- und Altbürger mehr geben. Die Sozialdemokratie setzt sich ein für die Eingliederung aller Geschädigten in ein gesundes deutsches Wirt-

schaftsgefüge. Die Maßnahmen dieser Eingliederung sind ein Teil der wirtschaftspolitischen Ziele unserer Partei. Sie wird durch Zusammenfassung der Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm die Planlosigkeit überwinden, die hauptsächlich zu Lasten der Schwächeren, also auch der Geschädigten geht. Ziel all dieser Maßnahmen ist die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen. Es muß jedoch dabei auch an diejenigen gedacht werden, die zwar kein Betriebskapital in der Industrie oder in der Landwirtschaft verloren haben, wohl aber ihr Haus oder ihre Ersparnisse.

Die politische Betätigung der Geschädigtenverbände halten wir im Interesse einer Weiterentwicklung der deutschen Demokratie und der Überwindung der Spaltung in Alt- und Neubürger nicht für wünschenswert. Die Tatsache des Geschädigtenseins allein gibt keine ausreichende Grundlage für die Entscheidung der Lebensfragen bei der Neuordnung Deutschlands. Die Mitarbeit der Geschädigtenverbände bei der Eingliederung der Geschädigten begrüßen wir. Wir stellen als unsere nächsten beiden Thesen auf:

**„Gerechter Ausgleich der Kriegsfolgelasten -**

**Nicht Abwälzung auf die Geschädigten.“**

**„Recht auf Heimat und volle Eingliederung für die Vertriebenen -**

**Keine Spaltung in Alt- und Neubürger.“**

Die Spaltung des deutschen Volkes in Arme und Reiche, Flüchtlinge und Ingessessene, Kriegs- und Währungsgeschädigte und Sachwertbesitzer wird noch erweitert und vertieft durch die konfessionelle Spaltung. Sie ist weit über die unvermeidlichen Gegensätze hinaus eine Belastung des öffentlichen Lebens geworden, weil sie unerträglich politisiert wurde. Die

Sozialdemokratische Partei setzt sich ein für unbedingte Anerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit und Respektierung der Meinung Andersdenkender. Der Sozialismus hat in seinen zutiefst sittlich fundierten Bestrebungen zur Sicherung der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit in einer solidarischen Gesellschaft Raum für die Anhänger jedes religiösen Bekenntnisses, das ja gegen seine sittlichen Bestrebungen gar nichts einzuwenden haben kann. Insbesondere sind die sozialen Verpflichtungen, die sich aus der christlichen Lehre ergeben, in keiner Weise dem entgegengesetzt, was die Sozialisten an Grundhaltung von ihren eigenen Anhängern verlangen. Die Verquickung der christlichen Lehre mit Parteinamen aber muß, gewollt oder nicht gewollt, den fatalen Eindruck erwecken, als ob für Christen nur eine bestimmte politische Partei und eine bestimmte politische Haltung möglich sei. Die Tatsache, daß in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in anderen Parteien der Sozialistischen Internationale Christen der verschiedenen Bekenntnisse solidarisch an der Verwirklichung des Sozialismus mitarbeiten, ohne mit ihrem Glauben in Konflikt zu geraten, ja zum Teil gerade deswegen, weil ihr Glaube sie moralisch verpflichtet, Sozialisten zu sein, all dies zeigt, daß ein Parteichristentum, wie es in Deutschland von der Christlich-Demokratischen Union vertreten wird, politisch eine demagogische Propaganda und sittlich-religiös eine Vermessenheit ist. (Lebhafter Beifall.) Es ist nur geeignet, das Gefühl der Verbundenheit innerhalb des Volksganzen zu vergiften und den Weg zu einer sachlichen Auseinandersetzung über den Wert bestimmter politischer Einrichtungen zu verbauen. Keine der bestehenden Konfessionen in Deutschland ist in Gefahr, durch eine sozialistische Politik unterdrückt oder in der Verkündung ihrer Lehre behindert zu werden. Wohl aber werden durch einen politischen Mißbrauch der Religion alle Ansätze zu einem Kulturkampf geschaffen, der die wahren politischen Meinungsverschiedenheiten nur verdeckt oder verschleiert, die Erziehung unseres Volkes zu gegenseitiger Achtung der Würde des Andersdenkenden und zu einer demokratischen Haltung zerstört. An Sozialisten und Christen gleicher-

maßen ergeht deshalb die Aufforderung, die in unserer nächsten These niedergelegt ist:

**„Friede und Achtung zwischen Konfessionen und Weltanschauungen - kein Parteichristentum und kein Kulturkampf!“**

Die Frauen haben immer noch um ihre Gleichberechtigung zu kämpfen. Der Kampf um die Gleichberechtigung des arbeitenden Menschen war für die Arbeiterbewegung immer verknüpft mit dem Kampf um die Gleichberechtigung der Frau. So wurde bereits 1865 gefordert, daß die Arbeiterschaft auch für die Emanzipation der Frau sich einzusetzen habe.

Nach dem ersten Weltkrieg setzte die Sozialdemokratische Partei für die Frauen die politische Gleichberechtigung durch. Nach dem zweiten Weltkrieg erreichten die Vertreter der SPD im Parlamentarischen Rat, vor allem die Genossin Elisabeth Selbert, daß in das Grundgesetz der Artikel 3 aufgenommen wurde. Er bietet die Grundlage für den Kampf um gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit und für die Verwirklichung der zivilrechtlichen Gleichberechtigung. Die Bundesregierung hat die termingerechte Abänderung des Eherechts offenbar bewußt verzögert, weil es weite Kreise gibt, die eine wirkliche Gleichberechtigung der Frau verhindern möchten. Wir wissen, daß für die Mehrzahl der Frauen die schönste Aufgabe und Erfüllung ihres Lebens die Mutterschaft ist, und wir haben deshalb in unserem Programm eine Wirtschaftspolitik gefordert, die verhindern soll, das Mütter kleiner Kinder aus wirtschaftlicher Not gezwungen sind, einem Erwerb nachzugehen. Wir verschließen uns aber nicht der Tatsache, daß heute Millionen von Frauen nicht zu dieser Erfüllung kommen können und daß sie genau so wie der Mann im Kampf ums Dasein stehen. Wenn wir uns für die volle Gleichberechtigung der Frau auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens einsetzen, so widerspricht dies durchaus nicht, wie man

uns vorgeworfen hat, der Anerkennung der Frau als Mutter und Betreuerin der Familie. Die Aufgabenkreise von Männern und Frauen sind gewiß in vieler Hinsicht voneinander verschieden. Daraus folgt aber nicht, daß der einige weniger Rechte haben sollte als der andere. Unsere nächste These lautet deshalb:

**„Gleichberechtigung der Frau -  
keine Schlechterstellung in der Gesellschaft!“**

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen!**

Diese Forderungen, die ich hier kurz begründet habe, betrachten wir als das Herzstück unseres Wahlprogramms. Mit ihnen, dem Aktionsprogramm und dem Kommentar soll sich nun die deutsche Öffentlichkeit, und vor allem der deutsche Wähler auseinandersetzen. Es ist ein Programm, das, obwohl es ein Aktionsprogramm ist, sich also auf naheliegende Ziele konzentriert, auch den Grund legen soll für eine kommende Gesellschaft, in der Gerechtigkeit und Freiheit, gleiche Chancen für Wohlstand und Bildung für alle gesichert sind.

Und darin liegt die entscheidende Bedeutung unseres Programms für die Jugend. Wir haben vor einer Woche auf unserer jugendpolitischen Tagung in München den Jugendplan unserer Partei bekanntgegeben. Er enthält in allen Einzelheiten unsere Vorstellungen über Mittel und Wege, der aktuellen Jugendnot zu steuern. Er zeigt, wie man der Berufsnot und Arbeitslosigkeit der Jugend beikommen kann. Denn Arbeitslosigkeit bedeutet Unzufriedenheit, Armut, Resignation, Isolation, Skepsis und Verzweiflung. Er zeigt einen Weg zum Schutz der arbeitenden Jugend und zu ihrer Gesunderhaltung und sichert den jungen Menschen die Möglichkeit der Familiengründung. Schließlich zeigt er den Weg, im öffentlichen Leben einen verantwortungsvollen Platz einzunehmen, wozu als Vorbereitung die Arbeit der freien Jugendverbände und die politische Bildungsarbeit



der Jugend gefördert werden soll. Unser Jugendplan schließt bereits die Feststellung ein, daß er nur verwirklicht werden kann, wenn sich die Jugend selbst für ihn entscheidet und an seiner Durchführung entschlossen mitarbeitet.

Damit komme ich auf unser Wahlprogramm zurück. Es ist in seiner Einheitlichkeit und in der Beachtung und Wahrung der Zusammenhänge des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Geschehens ein echter Plan für einen Neuaufbau, der radikalen Schluß macht mit den Mängeln einer Gesellschaftsordnung, die den Menschen sich selbst entfremdet hat, weil sie wesentlich auf dem Eigennutz der einzelnen und der Gruppen und Klassen aufbaut, und noch immer den größten Teil der Menschheit ausschließt von den Gütern der Kunst, der wahren Bildung und der Kultur, und sie statt dessen mit einer Kulturindustrie beglückt. Wenn wir fragen, an wen sich dieses Programm wendet, dann werden wir mit Karl Marx die Antwort finden: an die Leidenden und an die Denkenden. Das Bündnis der Leidenden und Denkenden ist in der Tat die Hoffnung, die wir alle hegen können für den Erfolg und die Durchführung unseres Programms. Es wird vor allem die heutige Jugend sein, die später auf dem aufbauen kann, was dieses Programm an Grundsteinen legt. Mit ihr zusammen wollen wir eine bessere und schönere Zukunft bauen für Deutschland und Europa. Diese Jugend steht vor einer Entscheidung, die sie gewissenhaft und verantwortungsbewußt zu treffen haben wird. Vielleicht hilft ihr dabei ein Wort des jungen Karl Marx, das er niederschrieb, als er sich Gedanken machte über die Wahl seines Berufes, und das auch für sein eigenes Leben bestimmend gewesen ist:

„Wer nur für sich schafft, kann wohl ein berühmter Gelehrter, ein großer Weiser, ein ausgezeichnete Dichter, aber niemals ein wahrhaft großer Mensch sein. Wenn wir den Stand gewählt, in dem wir am meisten für die Menschheit wirken können, dann können uns Lasten nicht niederbeugen, weil sie nur Opfer für alle sind. Dann genießen wir keine arme, eingeschränkte, egoistische Freude, sondern unser Glück gehört den Millionen. Unsere Taten leben still aber ewig wirkend fort.“

(Anhaltender lebhafter Beifall)



Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn  
Druck: Vereinsdruckerei und Verlag, Koblenz,